



Impuls- und Diskussionspapier der SPD Hessen

Arbeit und Gerechtigkeit 2020

Eckpunkte einer Politik für Wachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit

www.spd-hessen.de
HESSENSPD.

Kontakt:

**SPD-Landesverband Hessen
Generalsekretär Michael Roth MdB
Marktstr. 10
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 – 999 77 0
Telefax 0611 – 999 77 11
Email: landesverband.hessen@spd.de
Web: www.spd-hessen.de**

2

3

4 **Arbeit und Gerechtigkeit 2020**

5 **Eckpunkte einer Politik für Wachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit**

6

7

8

9 **Kurzfassung**

10

11 Eine zukunftsweisende Politik für mehr Beschäftigung, mehr soziale Sicherheit und
12 qualitatives Wachstum muss sich mit den Erfahrungen der Arbeitsmarktrefor-
13 men im Rahmen der Agenda 2010 verantwortungsvoll auseinandersetzen. Der Grundsatz
14 des Förderns und Forderns wurde nur unzureichend umgesetzt. Viele Beschäftigte
15 sind nach wie vor tief verunsichert. Arbeitslose und ihre Familien, insbesondere Kin-
16 der, sind von wachsender Armut bedroht. All das ist im Rahmen einer grundlegenden
17 Weiterentwicklung unserer Arbeitsmarktpolitik zu beseitigen.

18 Eine Politik für Arbeit und Gerechtigkeit ist die Grundlage, um die Herausforderungen
19 einer globalisierten Weltwirtschaft besser annehmen zu können. Soziale Sicherheit
20 und berufliche Flexibilität sind keine Gegensätze, vielmehr ist soziale Sicherheit Vor-
21 aussetzung für mehr Freiheit und Flexibilität. Diese Erfahrung der skandinavischen
22 Arbeitsmarktpolitik gilt es zu übertragen. Das vorliegende Papier versteht sich in die-
23 sem Sinne als Beitrag, als Impuls und Diskussionsgrundlage über eine Arbeitsmarkt-
24 politik mit Zukunft. Es versucht, die Erfahrungen aus sozialdemokratischer Regie-
25 rungsverantwortung (1998 - 2009) und die absehbaren Herausforderungen des vor
26 uns liegenden Jahrzehnts mit einem sozialdemokratischen Leitbild der Arbeitsmarkt-
27 politik zu verknüpfen. Die wichtigsten Thesen:

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

- **Kernziel der sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik ist neben der Existenzsicherung die Ermöglichung von Teilhabe für alle Menschen.** Angesichts neuer Herausforderungen brauchen wir keine rückwärtsgewandte Auseinandersetzung über das Für und Wider einzelner Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung, sondern eine an Grundwerten und Leitbildern orientierte Diskussion über unsere Anforderungen und Ziele hinsichtlich des Arbeitsmarktes der Zukunft.
- **Der demografischen Entwicklung muss angemessen Rechnung getragen werden.** Wir müssen von Europa lernen. Entweder wir investieren in mehr und bessere Bildung, lebensbegleitendes Lernen, die Vereinbarkeit von Fami-

39 lie und Beruf sowie altersgerechte Arbeitsplätze oder wir lassen dauerhaft
40 Fachkräftemangel bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit zu. Die skandinavi-
41 schen Staaten zeigen, dass soziale Sicherheit, angemessene Bildungsausga-
42 ben, eine hohe Erwerbsbeteiligung und eine leistungsfähige Volkswirtschaft
43 vereinbar sind. Daran wollen wir uns orientieren.

44 ➤ **Bürgerinnen und Bürgern müssen in jeder Lebenssituation ein Angebot**
45 **für Qualifizierung, Förderung und existenzsichernde Arbeit erhalten.** Mit
46 einem solchen neuen Gesellschaftsvertrag - dem Neustart der sozialen
47 Marktwirtschaft, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt - gewinnen die In-
48 stitutionen der Demokratie und des Wohlfahrtsstaates verspieltes Vertrauen
49 zurück. Kernstück des Angebots ist eine solidarische Beschäftigungsversiche-
50 rung, die die Risiken der verschiedenen Lebenslagen abdeckt.

51 Anforderungen und Ziele für den Arbeitsmarkt der Zukunft sind für uns insbesondere:
52

53 ➤ **Ein Recht auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf** durch ein flächende-
54 ckendes Angebot an Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen, durch die
55 Veränderung der steuerlichen Anreize und durch Fortbestand des finanziellen
56 Ausgleichs für Pendler.

57 ➤ **Ausbildungsplatzgarantie: Das Recht auf einen Ausbildungsplatz inner-**
58 **halb eines halben Jahres**, falls nötig finanziert durch eine solidarische Aus-
59 bildungsplatzumlage oder mittels Branchenfonds.

60 ➤ **Bessere Möglichkeiten zur beruflichen Qualifikation sowie zum Erwerb**
61 **von Bildungsabschlüssen u. a. durch ein „Qualifizierungsgeld“**, d. h. die
62 Verlängerung des ALG I-Bezugs für den Erwerb einer neuen Qualifikationsstu-
63 fe um die Dauer des Bildungsgangs bis auf maximal 24 Monate.

64 ➤ **Großer Bildungs-Aufbruch und Garantie auf lebenslange berufliche Bil-**
65 **dung und Qualifizierung:** Dazu gehören das Recht jedes Erwerbstätigen auf
66 eine kompetente Bedarfsanalyse und -beratung, eine Systematisierung, Pro-
67 fessionalisierung und ein Ausbau der bestehenden Angebote, die Öffnung der
68 Hochschullandschaft und Anreizstrukturen für die Unternehmen für mehr be-
69 rufliche Bildung ihrer Mitarbeiter. Wir wollen den "Großen Bildungs-Aufbruch".

70 ➤ **Ein Recht auf Gute Arbeit, existenzsichernde Löhne und eine altersge-**
71 **rechte Unternehmenskultur**, damit Menschen tatsächlich bis zur Rente phy-
72 sisch und psychisch gesund in ihrem Job tätig sein können und von dem Ein-
73 kommen (Mindestlöhne) Leben können.

74 ➤ **Die soziale Absicherung von Selbstständigen und unsteten Erwerbsbio-**
75 **graphien** (d.h. häufiger Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Ar-
76beitslosigkeit, Familienphasen etc.) durch bessere Einbeziehung in die Ren-
77 tenversicherung und die Ausweitung der Rahmenfrist für den ALG I - Bezug
78 auf 36 Monate.

- 79 ➤ **Langjährige Beiträge zur Solidargemeinschaft anrechnen:** Arbeitnehmer,
80 die sehr lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, sollen aus
81 Gerechtigkeitsgründen dauerhaft einen Zuschlag auf das ALG II erhalten.
- 82 ➤ **Niemanden zurück lassen, jeder hat das Recht auf einen Arbeitsplatz** - u.
83 a. durch ein gefördertes dauerhaftes sozialversicherungspflichtiges Beschäfti-
84 gungsverhältnis insbesondere im sozialen, kulturellen und ökologischen Be-
85 reich in lokaler Verantwortung ("Job-Lokal").
- 86 ➤ **Eine Regulierung der Leiharbeit** sowie gleiche Rechte für Leiharbeitnehmer
87 hinsichtlich Entlohnung, Jobsicherheit, Mitbestimmungs- und Fortbildungs-
88 rechten.
- 89 ➤ **Ein Recht auf einen individuellen Übergang in den Ruhestand und eine**
90 **Rente nach Lebensleistung:** Die Lebensarbeitszeit muss angesichts der
91 demografischen Entwicklung mittelfristig ausgeweitet werden. Starre Alters-
92 grenzen lehnen wir allerdings ab, wir wollen flexible Übergänge ermöglichen.
93 Dazu gehört für uns, dass jeder nach spätestens 45 Beitragsjahren eine ab-
94 schlagsfreie Rente deutlich über dem Grundsicherungsniveau erhalten muss.

95

96 **Finanzierung**

97 Auch wenn eine Abnahme der Arbeitslosigkeit und eine Steigerung der Erwerbstäti-
98 genquote langfristig zu erheblichen Entlastungen der Steuer- und Sozialkassen füh-
99 ren, ist der vorsorgende Sozialstaat nicht zum Nulltarif zu haben. Umgekehrt gilt al-
100 lerdings: Bleiben die notwendigen Investitionen aus, entstehen langfristig höhere
101 Kosten und Wachstumshemmnisse durch Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fach-
102 kräftemangel.

103 Die hier beschriebenen Ansprüche und Leistungen wollen wir – um Konsum und In-
104 vestitionen nicht zu belasten und die Sozialbeiträge perspektivisch nicht ansteigen zu
105 lassen – überwiegend durch das Steuersystem finanzieren, soweit nicht anders be-
106 schrieben. Dieser Paradigmenwechsel setzt eine stärkere Beteiligung von hohen
107 Einkommen, großen Vermögen und großen Erbschaften an den öffentlichen Ausga-
108 ben und den Verzicht auf gesamtwirtschaftlich unsinnige Klientelgeschenke und -
109 subventionen voraus.

110 Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, daher müs-
111 sen die Herausforderungen maßgeblich durch Bund und Länder finanziert werden.
112 Weitere finanzielle Belastungen für die Kommunen sind auszuschließen.

113

114 Langfassung

115

116 ***I. Unser Leitbild einer sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik***

117

118 **Unser Ziel: Ermöglichung von Teilhabe**

119 Menschenwürde, Gleichheit und Solidarität sind unsere Leitbilder. Sie sind uns Maß-
120 stab und Orientierung in allen Politikfeldern - auch und gerade in der Arbeitsmarktpoli-
121 tik. Unsere Gesellschaft darf nicht in erster Linie ökonomischen Prinzipien unterwor-
122 fen sein. Selbstverständlich unterliegt auch die Sozialpolitik dem Gebot der Wirt-
123 schaftlichkeit. Sie ist jedoch mehr als die bloße Verteilung materieller Güter und der
124 materielle Ausgleich wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Unsere Politik ist emanzipa-
125 torisch und strebt nach Anerkennung und Teilhabe. Wir verpflichten uns dazu, allen
126 Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Würde zu ermöglichen. Daraus leitet sich un-
127 ser Einsatz für chancengleiche Bildung genauso ab wie unsere tiefe Wertschätzung
128 für den Beitrag des Einzelnen und für die Bedeutung der Arbeit als Quelle vieler Wer-
129 te.

130 Für uns sind Bezieher von sozialen Leistungen keine Almosenempfänger und keine
131 Objekte der Leistungsgewährung sondern Bürgerinnen und Bürger mit Rechten und
132 Pflichten. Eines dieser Rechte ist es, beim Erwerb neuer Kompetenzen und Qualifi-
133 kationen von der Gesellschaft gefördert und unterstützt zu werden. Das begründet
134 das Prinzip des Förderns und Forderns. Wir begreifen die Förderung des Einzelnen
135 immer als Unterstützung beim (Wieder)erwerb der Fähigkeit, eigenständig ein Aus-
136 kommen bestreiten zu können. Umgekehrt hat die Gesellschaft Anspruch darauf,
137 dass jeder Einzelne entsprechend seinen individuellen Möglichkeiten seinen eigenen
138 Beitrag leistet. Sozialstaatsmodelle, die wie das Bürgergeld oder bedingungslose
139 Grundeinkommen auf Exklusion und dauerhafte Abkoppelung von "schwer Vermittel-
140 baren" vom Arbeitsmarkt setzen, widersprechen unserer Vorstellung von Arbeit als
141 einer Quelle von Werten, Anerkennung und Teilhabe. Wir lehnen sie ab.

142 **Gesellschaft braucht soziale Sicherheit und Stabilität**

143 Soziale Sicherheit ist Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft. Niemand
144 plant kreativ in die Zukunft, niemand nimmt risikoreiche Investitionen in seine Bildung
145 oder Beschäftigung vor, wenn das im Laufe des Lebens Erarbeitete schon bei ge-
146 ringsten Anlässen vollständig bedroht ist. Die wachsende Angst vor dem sozialen
147 Abstieg macht den Arbeitsmarkt nicht dynamischer und die Gesellschaft nicht erfolg-
148 reicher. Wo Arbeitsmärkte aufgrund veränderter Rahmenbedingungen flexibler ges-
149 taltet werden sollen, müssen wir den Menschen Sicherheit und Hilfe geben, um auf -
150 geplante und ungeplante - Veränderungen in der Erwerbsbiographie gut vorbereitet
151 zu sein. Soziale Sicherheit erhöht die Bereitschaft der Menschen für Innovation, Fle-
152 xibilität und das Ausprobieren neuer Chancen und Wege.

153 Die Koppelung der sozialen Sicherung an das "Normalarbeitsverhältnis" (von der
154 Ausbildung bis zur Rente) entspricht immer weniger unserer gesellschaftlichen Wirk-
155 lichkeit. Sie führt auch dazu, dass die finanzielle Last der sozialen Sicherung immer
156 stärker auf den Lohnabhängigen verlagert wird und Wohlhabende sich durch Bei-
157 tragsbemessungsgrenzen bzw. mangels Sozialversicherungspflicht nicht entspre-
158 chend ihrer Leistungsfähigkeit daran beteiligen müssen.

159 Unsere Stärke muss darin liegen, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solida-
160 rität für die verschiedensten Lebensentwürfe und Biografien zu verwirklichen. In kei-
161 ner anderen Partei werden Solidarität und Leistung zu einem emanzipatorischen Ge-
162 sellschaftsbild zusammen geführt, das Hoffnung und Aufstiegsmöglichkeiten für alle
163 Bürgerinnen und Bürger bietet. Dafür stehen beispielhaft unsere Bildungspolitik der
164 Chancengleichheit und unsere solidarischen Bürgerversicherungsmodelle.

165 Hinsichtlich der Frage, auf welchem Wege und mit welchen Instrumenten die not-
166 wendige Sicherheit vermittelt wird, bleiben wir diskussionsfähig. Wir werden diese
167 Diskussion über eine angemessene Balance aus Fördern und Fordern transparent
168 führen. Wir fassen die auferlegten Lasten und die sich bietenden Chancen für alle
169 nachvollziehbar in einem neuen sozialen Gesellschaftsvertrag zusammen. Unser
170 Angebot an die Bürgerinnen und Bürger: Der Neustart der sozialen Marktwirtschaft,
171 die den Menschen in den Mittelpunkt rückt.

172

173 **Unser Begriff der Arbeitsmarktpolitik**

174 Arbeitsmarktpolitik ist für uns mehr als die Gestaltung von Transferzahlungen und
175 nachsorgende Konzepte für Erwerbslose. Unter "Arbeitsmarktpolitik" verstehen wir
176 alle Maßnahmen, die das Angebot an Arbeitsplätzen und Arbeitskräften kurz-, mittel-
177 und langfristig beeinflussen. Arbeitsmarktpolitik hat umfangreiche Schnittstellen zu
178 nahezu allen Politikfeldern, insbesondere der Bildungspolitik, der Sozialpolitik und
179 der Strukturpolitik. Vor dem Hintergrund eines unumgänglich größer werdenden Sek-
180 tors öffentlicher sozial- und gesellschaftsorientierter Dienstleistung sowie eines zu-
181 sätzlichen öffentlich geförderten Arbeitsmarktes, ist mit Arbeitsmarktpolitik auch un-
182 mittelbar die Frage der Finanzierung staatlichen Handelns verbunden. Zwingende
183 Voraussetzung dafür ist ein positives Staatsverständnis, ein handlungsfähiger, de-
184 mokratiefester Staat. Wir brauchen den aktiven Staat.

185 Das Ziel der Vollbeschäftigung bei existenzsichernden Löhnen bleibt unsere Richt-
186 schnur. Deshalb wollen wir das Arbeitsplatzangebot bewusst beeinflussen und steu-
187 ern, indem wir

188 - beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen in der Wirtschaft schaffen,

- 189 - gesellschaftlich notwendige Arbeitsplätze im Bereich der sozialen, kulturellen,
190 ökologischen, gesellschafts- und personenorientierten Dienstleistungen ein-
191 richten,
192 - diverse Formen des Einkommenserwerbs im Sinne eigenständiger "Arbeits-
193 kraftunternehmer" aufwerten und
194 - einen öffentlich gestützten, kommunal verankerten Arbeitsmarkt schaffen, der
195 Menschen mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen dauerhafte Be-
196 schäftigungsmöglichkeiten vor Ort eröffnet.

197 Gute Arbeitsmarktpolitik kümmert sich darüber hinaus um mehr als um die schiere
198 Anzahl angebotener Arbeitsplätze. Sie muss Rahmenbedingungen schaffen, die
199 möglichst gut vor Arbeitsplatzverlust schützen und lebensbegleitendes Lernen und
200 die berufliche Fortentwicklung jedes Erwerbstätigen unterstützen. Sie muss für den
201 Fall des Arbeitsplatzverlustes Sicherheit vor dem sozialen Absturz und die Chance
202 auf eine möglichst schnelle und möglichst gleichwertige Rückkehr in Beschäftigung
203 bieten. Beides muss gut ausbalanciert werden.

204 Die aktuellen Auseinandersetzungen um die Organisation und Struktur der Arbeits-
205 vermittlung (Bundesagentur für Arbeit, Argen und Optionskommunen) muss sich vor-
206 rangig an den Interessen der Arbeitslosen orientieren. Die Qualität von Betreuungs-
207 und Förderangeboten sowie die Integration in den Arbeitsmarkt stehen im Vorder-
208 grund. Die Zerschlagung der Jobcenter ist daher inakzeptabel. Es muss auch weiter-
209 hin das Prinzip der Förderung "aus einer Hand" gelten. Die Praxis zeigt, dass nicht
210 die Organisation als Arge oder Optionskommune maßgeblich über Erfolg bzw. Miss-
211 erfolg entscheidet. Die Bundesagentur für Arbeit sollte gleichwohl ihre regionalen und
212 lokalen Verantwortlichkeiten im Interesse einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwi-
213 schen örtlichen Agenturen und kommunalen Verantwortungsträgern stärken.

214
215

216 ***II. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland***

217 **A. Eine Bilanz der Arbeitsmarktpolitik seit 1998**

218 Eine glaubwürdige Kommunikation zukünftiger Ziele wird ohne eine gründliche Bilanz
219 unserer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Regierungsverantwortung nicht möglich
220 sein. Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, dass 20 Jahre neoliberalen
221 Mainstreams in Wirtschaft, Wissenschaft und Medien nicht spurlos an uns vorüber-
222 gegangen sind. Es ist an der Zeit, Erfolgreiches zu bewahren, Fehlentwicklungen zu
223 identifizieren und neuen Konzepten und Ideen Raum zu geben.

224 Von 1997 bis 2007 nahm die Zahl der abhängig Beschäftigten um rund 1,1 Million zu.
225 Das Normalarbeitsverhältnisse, also unbefristete, sozialversicherte Vollzeitarbeits-
226 plätze (sowie Teilzeit über 20 Stunden in der Woche) gingen jedoch in diesem Zeit-
227 raum um 1,5 Mio. zurück, während befristete Jobs, geringfügige Beschäftigung,

228 Leiharbeit, Teilzeitarbeit etc. um 2,6 Mio. zunahmen. Gleichzeitig kam es zu einer
229 Ausweitung des Niedriglohnsektors.

230 Die Hartz IV-Reform hat erfolgreich den Anspruch auf Grundsicherung auf einen
231 größeren Personenkreis ausgeweitet und den Grundsatz der "Hilfe aus einer Hand"
232 verankert. Es wurden alle Erwerbslosen im erwerbsfähigen Alter - unabhängig von
233 der Art ihrer bisherigen Existenzsicherung durch Transferleistungen - als Aufgabe
234 und Auftrag für eine neue Arbeitsmarktpolitik bestimmt. Ein Teil der "versteckten"
235 Arbeitslosigkeit wurde dadurch aufgedeckt und kam in sozialstaatliche Betreuung.
236 Gleichzeitig wurde allerdings die Lebensstandardsicherung auf Basis des einmal er-
237 reichten Einkommens durch die Arbeitslosenhilfe abgelöst durch eine universelle
238 Grundsicherung. Durch diese Maßnahmen kam es einerseits zu einer Besserstellung
239 bestimmter Gruppen (wie z. B. der alleinerziehenden Sozialhilfeempfänger), ande-
240 rerseits erlitten viele Bezieher von Arbeitslosenhilfe erhebliche Einschnitte.

241 Abseits der direkt Betroffenen löste und löst der Wegfall der Arbeitslosenhilfe auch
242 bei vielen Berufstätigen Abstiegsängste aus - aktuell in besonderem Maße in Folge
243 der Wirtschaftskrise. Sie befürchten, trotz langjähriger Einzahlung in die Arbeitslo-
244 senversicherung im Fall der Arbeitslosigkeit nach relativ kurzer Zeit alles zu verlieren
245 und "bei Null" anfangen zu müssen und auf eine Stufe mit Personen gestellt zu wer-
246 den, die nie gearbeitet haben. Dies wird - auch und besonders in der sozialdemokra-
247 tisch und gewerkschaftlich geprägten Arbeitnehmerschaft - als eine erhebliche Unge-
248 rechtigkeit angesehen. Verschärft wurde die negative Wahrnehmung durch die of-
249 fensichtlich unzureichend berechneten Bedarfssätze für Kinder. Die Arbeitsmarktre-
250 formen wurden maßgeblich mit zwingend notwendigen Kostensenkungen begründet
251 und damit von vielen als Abbau des Sozialstaates (miss)verstanden. Faktisch sind
252 jedoch mit der Umsetzung der Reformen die öffentlichen Ausgaben für Transferleis-
253 tungen und Förderangebote erheblich gestiegen.

254 Die sonstigen Elemente der Agenda 2010 und die weiteren Maßnahmen der Bundes-
255 regierungen von 1998 bis 2009 für eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik sind unter-
256 schiedlich zu bewerten:

- 257 ➤ Die Personal-Service-Agenturen wurden hinsichtlich ihrer Vermittlungswirkung
258 völlig überschätzt. Sie spielen heute keine Rolle mehr in der Arbeitsmarktför-
259 derung.
- 260 ➤ Der Ausbildungspakt blieb in seiner Wirkung hinter den Erwartungen zurück.
- 261 ➤ Die "Ein-Euro-Jobs" sind zum zentralen Werkzeug der öffentlich geförderten
262 Beschäftigung geworden und haben in manchen Regionen das Ausmaß von
263 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in den 1990er Jahren angenommen.
264 Dieses Ausmaß war jedoch von der "Hartz"-Kommission überhaupt nicht vor-
265 gesehen. Die im SGB II ausdrücklich auch vorgesehene Möglichkeit der Be-
266 schäftigung in der Entgeltvariante wird hingegen kaum umgesetzt. Später ein-
267 geführte Instrumente wie die "JobPerspektive" und der „Kommunal-Kombi“

268 bieten wesentlich bessere Möglichkeiten im Interesse der Betroffenen als die
269 Ein-Euro-Jobs, werden aber bislang in der Praxis kaum genutzt.

270 ➤ Die Deregulierung der Leiharbeit hat bis zum Sommer 2008 einen Anstieg auf
271 ca. 780.000 Beschäftigte ermöglicht, teilweise allerdings unter Verdrängung
272 regulärer Beschäftigung. Seit 2008 wurden jedoch zahlreiche der unzurei-
273 chend geschützten Beschäftigungsverhältnisse abgebaut, die Leiharbeiter wa-
274 ren die ersten Verlierer der aktuellen Wirtschaftskrise. Im nächsten Auf-
275 schwung droht die Leiharbeit den Aufbau "echter" Stellen zu ersetzen.

276 ➤ Die Förderung neuer Selbständigkeit im Rahmen von "Ich-AG" und Überbrü-
277 ckungsgeld war dagegen erfolgreicher als ihr Ruf. Zwei Drittel der Empfänger
278 waren fünf Jahre nach der Einführung der Förderung noch immer selbständig,
279 20 Prozent sind inzwischen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Zu-
280 sammenfassung zum neuen Instrument "Gründungszuschuss" (ab 2007) ist
281 hingegen weniger attraktiv, da hier Ansprüche auf Arbeitslosengeld abgege-
282 ben werden müssen.

283 Durch die Hartz-Reformen ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen statistisch deutlich
284 gesunken und die Schwelle für neue Beschäftigung ist niedriger geworden. Die Akti-
285 vierung war insofern erfolgreich. Erkauft wurde dies aber durch einen erhöhten Druck
286 auf Arbeitslose, eine schlechter bezahlte Stelle in fremden Berufsfeldern anzuneh-
287 men. Durch ein mangelndes Angebot an tariflich bezahlten Vollarbeitsplätzen, das
288 Fehlen eines allgemeinen Mindestlohnes und durch mangelnde Qualifikation der Ar-
289beitslosen für die bestehenden offenen Stellen waren viele gezwungen, prekäre Be-
290 schäftigung anzunehmen. Dies hat Druck auf das tarifliche Lohnniveau erzeugt und
291 zur Ausbreitung des Niedriglohnsektors beigetragen.

292 Insgesamt waren die Erwartungen an "Hartz" hinsichtlich des Arbeitsplatzzuwachses
293 übertrieben, die Grenzen der Möglichkeiten einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik
294 wurden nicht ausreichend gesehen. Die notwendige Diskussion über den Arbeits-
295 markt sollte sich daher nicht auf die Frage "Hartz IV - gut oder schlecht?" verengen.
296 Wir benötigen eine viel breiter angelegte Debatte, wie wir das Arbeitsangebot aus-
297 weiten, die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten nachhaltig verbessern und dem
298 demografischen Wandel und der sozialen Sicherung angemessen Rechnung tragen
299 können. Aktivierende Arbeitsmarktpolitik kann dabei nur ein Einzelelement sein.

300

301 **B. Absehbare langfristige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt**

302 Die Demografische Entwicklung stellt den Arbeitsmarkt in den kommenden Jahr-
303 zehnten vor zentrale Herausforderungen:

304 ➤ Erstens wird es aufgrund der Bevölkerungsentwicklung langfristig weniger
305 Menschen im arbeitsfähigen Alter geben. Diese Entwicklung kann nur abge-

306 mildert werden, wenn die Arbeitsmigration ausgeweitet und die Erwerbsbetei-
307 ligung bei Älteren und bei Frauen deutlich angehoben wird.

308 ➤ Zweitens steigt das Durchschnittsalter in den Belegschaften bis 2020 deutlich
309 an.

310 ➤ Eine dritte Herausforderung besteht in der steigenden Komplexität der Berufe
311 in vielen Branchen und der sinkenden " Halbwertzeit" von Qualifikationen,

312 ➤ eine vierte in den unsteuer werdenden Verläufen der Erwerbsbiographien.

313 Alle beschriebenen Trends machen deutlich, dass lebensbegleitende Fort-, Um- und
314 Weiterbildung im Bewusstsein der Menschen und in der betrieblichen Praxis viel
315 stärker verankert werden müssen, wenn das Arbeitskräftepotenzial mit den veränder-
316 ten Bedingungen Schritt halten soll. Um eine hohe Erwerbsbeteiligung der Älteren zu
317 ermöglichen, ergeben sich daneben neue Anforderungen an physisch und psychisch
318 "gesunde" Arbeitsplätze und eine entsprechende Prävention.

319 Um die nachkommende Generation in die Lage zu versetzen, mit den Anforderungen
320 des lebensbegleitenden Lernens umzugehen, muss außerdem der Anteil der Schul-
321 abbrecher und der Jugendlichen ohne Ausbildung massiv gesenkt und das ineffizien-
322 te und chancenvernichtende gegliederte Schulsystem reformiert werden.

323 Erreichen wir diese Ziele, so ist in Deutschland langfristig wieder Vollbeschäftigung
324 möglich. Die Alternative lautet: Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig stei-
325 gendem Fachkräftemangel. Das wäre wirtschaftlich verantwortungslos und sozial
326 ungerecht. Ein Blick über die nationalen Grenzen insbesondere zu unseren
327 europäischen Nachbarn zeigt uns, dass es viele Möglichkeiten gibt, den Herausfor-
328 derungen erfolgreich zu begegnen. Nicht nur hinsichtlich des lebensbegleitenden
329 Lernens und einer hoher Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren können wir als
330 Sozialdemokraten von unseren nördlichen Nachbarstaaten lernen.

331

332 ***III. Von Europa lernen***

333

334 Auch unter den Bedingungen des gemeinsamen Marktes und der internationalen
335 Konkurrenz sind soziale Gerechtigkeit, ein hohes Lohnniveau, eine hohe Staatsquote
336 sowie gute soziale Sicherung einerseits und wirtschaftliche Stärke und niedrige Ar-
337beitslosigkeit andererseits vereinbar. Das "Nordische Modell" der skandinavischen
338 Staaten hat freilich die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen seit 1990 nicht
339 unverändert überstanden, sich aber erfolgreich angepasst und weiterentwickelt. Die
340 Merkmale des nordischen Erfolgsmodells:

- 341 ➤ Ein gutes, chancengleiches und gebührenfreies Bildungssystem einschließlich
342 der Hochschulen sorgt für eine hohe Bildungsbeteiligung. Jugendliche ohne
343 Ausbildungsplatz erhalten besondere Förderung.
- 344 ➤ Erhebliche Investitionen in Aus- und Weiterbildung sowohl der Arbeitslosen
345 als auch der arbeitenden Bevölkerung sorgen für produktive Arbeitskräfte und
346 niedrige Langzeitarbeitslosenquoten.
- 347 ➤ Ein umfangreicher öffentlicher Sektor stellt existenzsichernd bezahlte und
348 qualifizierte Stellen u. a. in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und
349 Betreuung zur Verfügung. Die öffentliche Beschäftigung ist deutlich höher als
350 in Deutschland.
- 351 ➤ Eine Abkoppelung der Sozialkosten von den direkten Lohnkosten erfolgt durch
352 die teilweise Steuerfinanzierung der Sozialsysteme.
- 353 ➤ "Flexicurity" ist das Leitbild am Arbeitsmarkt, d.h. flexible Arbeitsmärkte in
354 Kombination mit einer sozialen Sicherung, die die Einzelnen gut und nachhal-
355 tig gegen die wechselhaften Risiken in der Erwerbsbiographie absichert.
- 356 ➤ Starke Sozialpartner arbeiten konstruktiv am Erfolg und der Weiterentwicklung
357 des nordischen Modells auf allen Ebenen mit.
- 358 ➤ Die hervorragende Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt die Erwerbsbe-
359 teiligung.

360 Im Ergebnis haben die nordischen Staaten erheblich niedrigere Arbeitslosenquoten,
361 niedrigere Langzeitarbeitslosenzahlen und eine deutlich höheren Arbeitsmarktbedeili-
362 gung von Frauen und Älteren als Deutschland. Die hohen Erwerbsquoten helfen da-
363 bei, die hohen Kosten des öffentlichen Sektors zu schultern. Die Erfahrungen aus
364 Skandinavien sind nicht eins zu eins auf Deutschland übertragbar. So halten wir bei-
365 spielsweise den Kündigungsschutz, der Arbeitnehmer vor willkürlichen Unterneh-
366 mensentscheidungen schützt, für einen unverzichtbaren Eckpfeiler der deutschen
367 Wirtschaftskultur. Aus dem nordischen Modell können wir dennoch einiges lernen:

- 368 ➤ Soziale Sicherheit und flexible Arbeitsmärkte sind kein Widerspruch, sie be-
369 dingen einander,
- 370 ➤ Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren ist möglich, wenn Fa-
371 milie und Beruf vereinbar sind, lebensbegleitendes Lernen groß geschrieben
372 wird und für altersgerechte Arbeitsplätze gesorgt wird.
- 373 ➤ Ein starker öffentlicher Sektor hilft dabei und sichert Gute Arbeit für viele.
- 374 ➤ Staatliche Investitionen in Bildung sind kurzfristig teuer, zahlen sich aber lang-
375 fristig aus.
- 376 ➤ Steuern und Abgaben werden akzeptiert, wenn die Gegenleistung des Staates
377 qualitativ stimmt und nahezu jeder erkennbar von den Leistungen profitiert.

378

379 **IV. Unser Angebot: Verlässliche Absicherung und Perspektiven für** 380 **jede Lebenssituation**

381 Die Zukunftsfähigkeit der sozialdemokratischen Idee liegt nicht im Wettbewerb um
382 den höchsten Sozialhilfesatz im Wahlprogramm. Sie liegt im klügsten Weg aus der
383 Sozialhilfe heraus und im klügsten Konzept, die Vererbung von Armut zu unterbre-
384 chen. Das ureigene sozialdemokratische Versprechen, dass jeder durch Arbeits- und
385 Bildungseifer einen gesellschaftlichen und ökonomischen Aufstieg für sich und seine
386 Kinder erreichen kann, muss glaubwürdig erneuert werden. Wir wollen, dass sich
387 Leistung wieder lohnt. Und wir meinen dabei echte Leistung: Nicht das, was der Ein-
388 zelne an Herkunft und Besitz schon hat, sondern das, was er für diese Gesellschaft
389 leistet oder zu leisten bereit ist, wenn er eine Chance dazu erhält.

390 Im Sinne eines neuen Gesellschaftsvertrages wollen wir, dass die Politik allen Bürge-
391 rinnen und Bürgern in jeder Arbeitsmarktsituation ein klar definiertes Angebot der
392 sozialen Sicherheit und der Unterstützung für die verschiedensten Lebenssituationen
393 gibt. Wir setzen auf jeden einzelnen Menschen und fördern seine Fähigkeiten und
394 seine Ausbildung, damit er erstens ein selbst bestimmtes Leben führen kann und
395 zweitens unsere auf höchste Produktivität und Innovation angewiesene Volkswirt-
396 schaft im globalen Wettbewerb einen Spitzenplatz einnimmt. Perspektivisch führen
397 unsere Reformvorschläge in eine solidarische Beschäftigungsversicherung,

- 398 - die als Teil des vorsorgenden Sozialstaates durch ein Recht auf Weiterbildung
- 399 präventiv vor Arbeitslosigkeit schützt,
- 400 - die verschiedenen Wechselfälle und Übergänge in der Erwerbsbiographie ab-
- 401 sichert,
- 402 - Jobgesundheitsmaßnahmen und Auszeiten für Pflege, Kindererziehung und
- 403 Qualifizierung zu vernünftigen Konditionen ermöglicht und
- 404 - die alle Beschäftigten - unabhängig ob abhängig beschäftigt oder selbständig -
- 405 einbezieht.

406 Der Sozialstaat, wie wir ihn anstreben, bietet jedem Menschen in jeder Arbeitsmarkt-
407 situation eine faire Zukunftsperspektive:

408

409 **A. Unser Angebot an Berufseinsteiger**

410 **Recht auf Bildung und Ausbildung („Ausbildungsplatzgarantie“)**

411 Studium und Berufsausbildung sind die besten Präventionsmaßnahmen zur Verhin-
412 derung von Langzeitarbeitslosigkeit. Unser Ziel lautet "Jugendarbeitslosigkeit Null".

413 Mit einem Anteil von rund 15 Prozent der Jugendlichen ohne Ausbildung liegt
414 Deutschland im Ländervergleich allerdings deutlich hinter den skandinavischen Län-

415 dern und den Niederlanden. Rund 500.000 Jugendliche werden zurzeit im so ge-
416 nannten Übergangssystem durch ein unüberschaubares System von Maßnahmen
417 und Bildungsgängen geschleust, viele davon ohne realistische Aussicht auf einen
418 verwertbaren Berufsabschluss. Im Interesse der Betroffenen und angesichts des
419 drohenden Fachkräftemangels und ist das nicht hinzunehmen.

420 Die Möglichkeit zu einer ersten beruflichen Qualifikation ist eine Bringschuld der Ge-
421 sellschaft. Wir wollen deshalb, dass allen Jugendlichen, die die Voraussetzungen
422 dafür mitbringen, innerhalb eines halben Jahres ein betrieblicher, außerbetrieblicher
423 oder schulischer Ausbildungsplatz angeboten wird und alle Jugendlichen einen
424 grundsätzlichen rechtlichen Anspruch darauf erhalten. Wir streben dazu eine Auswei-
425 tung der schulischen Ausbildung und eine deutliche Ausweitung des betrieblichen
426 Ausbildungsplatzangebotes durch die Einführung der solidarischen Ausbildungs-
427 platzumlage als finanziellem Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbilden-
428 den Unternehmen an, solange ein Mangel an Ausbildungsplätzen besteht. Ein erster
429 Lösungsansatz kann auch die Schaffung von Branchenfonds wie in der Bauwirtschaft
430 sein.

431 Grundvoraussetzung, um alle Jugendlichen ausbildungsfähig zu machen, ist für uns
432 eine Reform des Schulsystems mit echten Ganztagschulen, in denen Jugendliche
433 aus schwierigen Verhältnissen besonders gefördert statt aussortiert werden. Bei-
434 spielhaft hierfür steht das Schulkonzept "Haus der Bildung" der hessischen SPD. Bil-
435 dung ist für uns grundsätzlich gebührenfrei. Dies gilt von der frühkindlichen Bildung
436 und Betreuung über alle qualifizierenden Schulabschlüsse bis zum Hochschulstudium
437 (Master-Abschluss). Die Förderung durch das BAföG muss bedarfsgerecht aus-
438 gebaut werden.

439

440 **B. Unser Angebot an Menschen, die (kurzfristig) arbeitslos geworden** 441 **sind**

442 Das soziale Netz in Deutschland ist letztmals in einer Phase des konjunkturellen Auf-
443 schwungs reformiert worden und muss den neuen Rahmenbedingungen angepasst
444 und zukunftsfest gemacht werden. Die flexible Handhabung der Ausweitung der
445 Kurzarbeit und der Unterstützung der Weiterbildung in der Kurzarbeit weisen in die
446 richtige Richtung. Die Stabilisierung der sozialen Lage des Einzelnen und der Erhalt
447 seiner Arbeitsmarktnähe ist gleichzeitig Teil einer Stärkung des Binnenmarktes.

448 Höhere Bildung ermöglichen: Qualifizierungsgeld für Arbeitslose

449 Wir wollen, dass Menschen Zeiten der Arbeitslosigkeit für wirkliche Bildungs- und
450 Qualifizierungssprünge nutzen können: Von der Ausbildung zum Studium, vom
451 Facharbeiter zum Meister. Konkret schlagen wir eine Verlängerung der Zahlung des
452 Arbeitslosengeldes I von zwölf auf 24 Monate bei Teilnahme an einer qualifizieren-

453 den Weiterbildung mit definierten Mindestanforderungen oder alternativ eine Nichtan-
454 rechnung der Qualifizierungszeit auf den Arbeitslosengeld I-Bezug vor. Dieses „Qua-
455 lifizierungsgeld“ wird nicht aus der Arbeitslosenversicherung, sondern aus Steuermit-
456 teln finanziert. Eine Beteiligung des Qualifikanten an eventuell anfallenden Fortbil-
457 dungskosten für höhere Qualifikationen kann auch über das Bafög-Modell erfolgen,
458 die Rückzahlung sollte an den erfolgreichen Erwerb einer unbefristeten Stelle ge-
459 knüpft sein. Die Übernahme des Bafög-Modells hätte einen antizyklischen Effekt, da
460 in Zeiten des Beschäftigungsaufschwungs Geld an die öffentliche Hand zurückgege-
461 ben werden könnte. Grundsätzlich gilt für uns dabei: In Erstausbildung kostenfreie
462 Bildungsabschlüsse müssen auch von Arbeitslosen kostenfrei nachgeholt werden
463 können. Die Mindestqualifizierungsanforderung zielt darauf ab, alle Absolventen
464 mindestens eine Bildungsstufe höher klettern zu lassen.

465 Lebensleistungen würdigen

466 Nach wie vor wird der Statusverlust, der durch den Übergang ins ALG II erfolgt, von
467 vielen Arbeitnehmern als Bedrohung ihrer sozialen Existenz angesehen. Daher
468 schlagen wir vor, dass bei langer Erwerbstätigkeit dauerhaft ein an die Beschäfti-
469 gungsdauer gekoppelter Zuschlag auf das ALG II ausgezahlt wird - allerdings nur,
470 sofern sich der/die Arbeitslose erkennbar um einen Job bemüht. Außerdem wollen
471 wir bei diesen Arbeitnehmern die Umschichtung von Ersparnissen in Altersvorsorge-
472 vermögen weiter erleichtern und fördern sowie das selbstgenutzte Wohneigentum
473 besser schützen.

474

475 **C. Unser Angebot an Erwerbslose**

476 Trotz eines statistischen Rückganges in den letzten Jahren ist der Anteil der Lang-
477 zeitarbeitslosen in Deutschland besonders hoch. Wir wollen, dass Langzeitarbeitslo-
478 se neben einer guten und effektiven Betreuung und umfassenden Weiterbildungsan-
479 geboten einen stärkeren Zugriff auf betriebsnahe Trainings- und Integrationsmaß-
480 nahmen bekommen. Erfolgversprechende Modelle hierfür wie Jobrotation (ein Ange-
481 stellter macht eine mehrmonatige Ausbildung oder Familienphase, ein Langzeitar-
482 beitsloser wird solange öffentlich gefördert in den Job übernommen) werden in
483 Deutschland nicht ausreichend umgesetzt.

484

485 Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, "Job-Lokal"

486 Jede und jeder Arbeitslose muss grundsätzlich ein Recht auf Erwerbsarbeit haben.
487 Dabei favorisieren wir die Beschäftigung in der Entgeltvariante. Wir wollen einen öf-
488 fentlich geförderten Arbeitsmarkt in lokaler Verantwortung mit lang- oder unbefriste-
489 ten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen („Job-Lokal“) für Per-

490 sonen, die längerfristig bzw. dauerhaft nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert
491 werden können. Viele Kommunen in Hessen haben erfolgreich gezeigt, dass sie die
492 Kompetenz dazu haben. Die Programme JobPerspektive (Eingliederungsförderung
493 in Betrieben) und Kommunal-Kombi (für Langzeitarbeitslose in strukturschwachen
494 Regionen) werden allerdings noch nicht in ausreichendem Maß umgesetzt bzw. sind
495 für finanzschwache Kommunen nicht bezahlbar. Durch Zusammenlegung der für
496 diese Personengruppe aufgewendeten Mittel in "Job-Lokal" wäre die Finanzierung
497 von existenzsichernd entlohnten Arbeitsplätzen im sozialen, kulturellen, ökologischen
498 Bereich insgesamt ohne finanziellen Mehraufwand möglich.

499 Bei der Aktivierung, Betreuung und Integration von Personen mit schweren Vermitt-
500 lungshemmnissen zählen die Infrastruktur und das Detailwissen vor Ort. Wir brau-
501 chen deshalb starke und finanziell gut ausgestattete Kommunen, die umfassende
502 und maßgeschneiderte Fortbildungs- und Integrationsmaßnahmen liefern können
503 und bei der Vermittlung von Personen mit Förderungsbedarf verantwortlich mitwir-
504 ken. Voraussetzung für die Umsetzung dieses Rechts auf Arbeit ist für uns, dass die
505 Vergabe geförderter Beschäftigung und die Vergabe von Arbeitsgelegenheiten effek-
506 tiver kontrolliert wird, um Verdrängungseffekte zukünftig zu vermeiden. Dafür haben
507 sich in der Vergangenheit die ABM-Ausschüsse bewährt. Dort haben öffentliche
508 Hand, Arbeitgeber und Gewerkschaften kontrolliert, dass keine sozialversiche-
509 rungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse verdrängt wurden.

510

511 **D. Unser Angebot an Beschäftigte**

512 Kernstück unserer Politik für Beschäftigte muss es sein, in flexibler werdenden Ar-
513beitsmärkten den Menschen den notwendigen Rückhalt für ihre Lebensplanung zu
514 geben. Dazu gehören als Kernelemente neben der Absicherung gegen Arbeitslosig-
515 keit auch das Recht auf Weiterbildung, das Recht auf ein Betriebsumfeld, das ältere
516 Arbeitnehmer fördert, das Recht auf einen flexiblen Übergang in den Ruhestand, das
517 Recht auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Absicherung von Men-
518 schen mit unsteten Erwerbsbiographien.

519 Recht auf Höher- und Weiterbildung sowie Bildungsgarantie

520 Mit ca. 30 Prozent Teilnahmequote an betrieblicher Weiterbildung liegt Deutschland
521 im europäischen Vergleich nach wie vor im Mittelfeld und wurde nach neueren Erhe-
522 bungen sogar von Ländern wie Österreich oder Spanien überholt. Besonders gering
523 ist der Anteil älterer Arbeitnehmer, die sich weiterbilden. Weiterbildung und lebens-
524 langes Lernen sind aber zentrale Elemente, um das Risiko der Langzeitarbeitslosig-
525 keit zu vermindern, die Beschäftigungsfähigkeit für ältere Arbeitnehmer zu erhalten
526 und den Fachkräftebedarf zu decken. Deutschland braucht deshalb eine Öffnung und
527 Ausweitung der Institutionen der Aus- und Weiterbildung - verankert im Arbeitsrecht,
528 in den Tarifverträgen und in einem neuen Bewusstsein bei den Unternehmen und

529 Beschäftigten für deren Notwendigkeit. Die Grundlage des beruflichen Bildungsauf-
530 bruchs muss das Recht und die Ermutigung jedes Erwerbstätigen auf eine qualifizier-
531 te Bedarfsanalyse und -beratung sein. Daneben benötigen kleine und mittlere Unter-
532 nehmen Hilfe bei der Abschätzung ihres mittelfristigen Weiterbildungsbedarfs.

533 Wir wollen, dass staatliche und private Bildungsinstitutionen in einen "Großen Bil-
534 dungsaufbruch" zusammengeführt und für alle geöffnet werden. Dabei sollen alle
535 verfügbaren Bildungskapazitäten in einem Pool erfasst, systematisiert und professio-
536 nalisiert werden. Wir wollen verlässliche Regeln, damit Unternehmen auf öffentliche
537 Bildungsinstitutionen zur Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grund-
538 sätzlich und bei Kurzarbeit zurückgreifen können. Die Fachhochschulen und Univer-
539 sitäten müssen zusätzlich zur Grundausbildung ihrer Studierenden auf die Erstellung
540 von attraktiven Fort- und Weiterbildungs-Curricula verpflichtet werden, die sowohl im
541 Vollzeit- als auch im Teilzeit-Studium zu absolvieren sind. Dazu müssen sie die not-
542 wendigen Mittel erhalten.

543 Die Wirtschaft profitiert von einem qualifizierten und vielseitig einsetzbaren Arbeits-
544 kräftepotenzial. Ein Beitrag der Unternehmen zu einem echten Bildungsaufbruch
545 kann deshalb die Einrichtung branchenbezogener Weiterbildungsfonds sein, z.B.
546 durch die Bereitstellung eines bestimmten Anteils vom Umsatz. Diese entkoppeln die
547 Bildungsteilnahme von den dabei entstehenden Kosten, da die Arbeitgeber sich an
548 der Finanzierung beteiligen - und zwar unabhängig davon, ob sie "ihren" Mitarbeitern
549 Weiterbildung ermöglichen oder nicht. Daneben sollten auch die Sozialpartner stär-
550 ker auf tarifvertragliche Regelungen zur Fort- und Weiterbildung achten.

551

552 Recht auf Gute Arbeit und eine alternsgerechte Unternehmenskultur

553 Um dem steigenden Lebensalter der Belegschaften Rechnung zu tragen und die Be-
554 schäftigungsfähigkeit Älterer zu erhalten und zu fördern, ist eine neue Kultur in den
555 Unternehmen notwendig: die Gestaltung gesunder, nicht krankmachender Arbeit,
556 eine Arbeitsorganisation, die auch mit zunehmendem Alter verkraftbar ist und in der
557 die persönliche Motivation für lebenslange Weiterbildung und Umorientierung erhal-
558 ten bleibt bzw. gestärkt wird. Dazu gehören innovative Arbeitszeitmodelle, betriebli-
559 che Gesundheitsförderung, Präventionskurse, Paten- und Mentorenmodelle, Bil-
560 dungsangebote für Ältere, berufsbegleitende Umschulung, ergonomische Arbeits-
561 platzgestaltung etc.

562 Die Schaffung alternsgerechter Arbeitsplätze steht dabei für uns im Mittelpunkt.
563 Staat, Arbeitgeberverbände, Kammern und Gewerkschaften sind gemeinsam in der
564 Pflicht, Strategien und Anreize dafür zu entwickeln und die Unternehmen zu animie-
565 ren, passgenaue Maßnahmenbündel für ihre Belegschaft umzusetzen. Wir benötigen
566 eine intensive Forschung zu den Auswirkungen heutiger Erwerbstätigkeit und Ar-
567 beitsformen auf die Gesundheit und verbindliche Standards für die Gesunderhaltung.

568 Zu Guter Arbeit gehört auch ein existenzsicherndes Auskommen. Ein allgemeiner
569 gesetzlicher Mindestlohn, der das Lohnabstandsgebot zum ALG II berücksichtigt,
570 Lohndumping verhindert, die sozialen Sicherungssysteme stützt und die gesamtwirt-
571 schaftliche Nachfrage stärkt, ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine positive
572 Entwicklung der Arbeitsmärkte.

573

574 Recht auf einen individuellen und flexiblen Übergang in den Ruhestand und Rente 575 nach Lebensleistung

576 Die demografische Entwicklung und die hochdynamische Entwicklung der Wirtschaft
577 verbieten starre Altersgrenzen. Die Alterssicherung muss flexibler entwickelt werden,
578 um den betrieblichen Altersaufbau zu gestalten und auf individuelle Lebenssituatio-
579 nen reagieren zu können, ohne dass das zu unzumutbaren Einschnitten beim Al-
580 terseinkommen führt. Altersteilzeit und Teilrente müssen wieder eingeführt bzw. att-
581 raktiver ausgestaltet und gefördert werden. Mit flexiblen Lebensarbeitszeitkonten
582 kann die wöchentliche Arbeitszeit im Alter reduziert und der Zeitpunkt des Ausschei-
583 dens aus dem Erwerbsleben individuell angepasst werden. Wir wollen durch Hilfen
584 für kleine Unternehmen und durch Rechtsansprüche der Arbeitnehmer dieses Modell
585 stärker verbreiten.

586 Die Chancen, das Rentenalter im angestammten Beruf zu erreichen, sind derzeit
587 höchst ungleich verteilt: Während in den meisten hochqualifizierten Berufen die
588 Mehrzahl der Beschäftigten bis 65 oder auch 67 arbeiten können, ist bei anstrengen-
589 der körperlicher Arbeit und Schichtarbeit das Risiko der vorzeitigen Arbeitsunfähig-
590 keit sehr hoch. Diesen Berufsgruppen wollen wir deshalb ein besonderes Anrecht auf
591 frühzeitige besonders geförderte Weiterbildung und Umschulung sowie ab einem
592 gewissen Alter auf Entgeltsicherung einräumen, falls in eine schlechter bezahlte Stel-
593 le oder auf eine öffentlich geförderte Ersatzbeschäftigung gewechselt werden muss.
594 Auch in Berufen mit hohem "Verschleiß" müssen grundsätzlich alle Beschäftigten
595 den Renteneintritt ohne Abschläge erreichen können, sofern sie sich beständig um
596 Arbeit und Weiterbildung bemühen. Außerdem müssen für diese Gruppen flexible
597 Übergänge in den Ruhestand besonders gefördert werden.

598 Wir fordern, dass jeder Arbeitnehmer spätestens nach 45 Versicherungsjahren ein
599 Anrecht auf eine abschlagsfreie Rente hat, die deutlich über dem Niveau der Grund-
600 sicherung liegt. Grundvoraussetzungen für die - mittelfristig notwendige - Ausweitung
601 der Lebensarbeitszeit sind für uns ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot und die
602 ausreichende Förderung und Weiterbildung von älteren Arbeitnehmerinnen und Ar-
603 beitnehmern. Solange nicht beides verwirklicht ist, kann es keine Erhöhung des Ren-
604 teneintrittsalters geben.

605

606 Recht auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf

607 Die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt den Wünschen der heu-
608 tigen Generation junger Frauen und Männer entgegen und hilft bei der Finanzierung
609 der Sozialsysteme und bei der Bewältigung des demografischen Wandels. Das Risi-
610 ko der Arbeitslosigkeit nach der Kindererziehungsphase wird reduziert. Um eine Ver-
611 einbarkeit von Familie und Beruf flächendeckend zu ermöglichen, ist eine erhebliche
612 Ausweitung der Kinderbetreuung erforderlich. Kurzfristiges Ziel muss sein, dass in
613 allen Regionen mindestens die gesetzlich vorgeschriebene Betreuungsquote bei den
614 unter dreijährigen Kindern von 35 % tatsächlich umgesetzt, die Ganztagsbetreu-
615 ungsangebote für Kinder ab dem dritten Lebensjahr auf 60% gesteigert und echte
616 Ganztagschulen angeboten werden.

617 Außerdem wollen wir, dass Teilzeitbeschäftigung für Eltern im Steuer- und Abgaben-
618 system besser gestellt wird, um die Anbindung an den Arbeitsmarkt zu erhalten. Der-
619 zeit führen Ehegattensplitting, hohe Steuersätze auf Teilzeitarbeit des Zweitverdie-
620 ners im Haushalt und das geplante "Betreuungsgeld" zu Anreizen für die traditionelle
621 Rollenteilung in Paarhaushalten und mindern so die Beschäftigungschancen von
622 Frauen.

623 Daneben wollen wir die Mobilität von Arbeitnehmern unterstützen. Wir halten deshalb
624 an der Pendlerpauschale fest oder wollen alternativ eine familienbezogene Mobili-
625 tätsprämie für Arbeitnehmer in mindestens vergleichbarer Höhe.

626

627 Gleiche Rechte für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter

628 Leiharbeit kann ein Instrument für Flexibilität am Arbeitsmarkt sein - in der derzeiti-
629 gen Form führt sie jedoch häufig zu Lohndumping und Verdrängung der regulären
630 Beschäftigung. Wir wollen deshalb die Leiharbeit regulieren, um die die derzeitigen
631 Auswüchse und die Aushöhlung des Tarifsystems zu beenden und Leiharbeitern
632 mehr Jobsicherheit und gleiche Mitbestimmungs- und Fortbildungsrechte zu geben.

633

634 Bessere Absicherung von Selbständigen und unsteten Erwerbsbiographien

635 "Gebrochene" Berufsbiographien - also abwechselnde Phasen von abhängiger Be-
636 schäftigung, Selbständigkeit, Familienphase, Arbeitslosigkeit - nehmen zu. Sie haben
637 oft zur Folge, dass im Rentensystem keine ausreichenden Versorgungsansprüche
638 aufgebaut werden können. Wir wollen deshalb diese Phasen besser in die Arbeitslo-
639 sen- und Rentenversicherung einbeziehen und auch die Risiken von Selbständigkeit
640 absichern. Ein Instrument dazu ist die Einführung einer universellen Erwerbstätigen-
641 versicherung. Für Selbständige sollte in einem ersten Schritt die freiwillige Arbeitslo-

642 senversicherung über 2010 hinaus dauerhaft möglich gemacht werden. Daneben
643 wollen wir, dass die Rahmenfrist zum Bezug von ALG I von jetzt 24 auf 36 Monate
644 erhöht wird. Die heutige kurze Rahmenfrist führt dazu, dass z. B. viele entlassene
645 Leiharbeiter keinen neuen ALG I Anspruch erwerben, sondern gleich bei erneuter
646 Arbeitslosigkeit in Hartz IV rutschen.

647
648

649 ***V. Weitere Voraussetzungen für Wachstum und Gute Arbeit***

650

651 Neben den Rechten und Instrumenten, die auf die Verwirklichung einer Beschäfti-
652 gungsversicherung zielen, sind weitere flankierende Maßnahmen erforderlich, um
653 dauerhaft ein hohes Beschäftigungsniveau und Gute Arbeit zu ermöglichen. Dazu
654 wollen wir Auswüchse auf dem Arbeitsmarkt beseitigen und den öffentlichen Sektor
655 nach dem Vorbild der nordischen Staaten stärken und ausbauen, um die flexibler
656 werdende Arbeitsgesellschaft zu unterstützen und gleichzeitig existenzsichernd be-
657 zahlte Beschäftigung zu schaffen.

658 Zu den erforderlichen Maßnahmen für Wachstum und Gute Arbeit gehören insbe-
659 sondere:

- 660 ➤ der Erhalt und Ausbau der Mitbestimmung, die sich gerade in der Wirt-
661 schaftskrise als stabilisierend und hilfreich erwiesen hat,
- 662 ➤ Reformen im Arbeits- und Sozialrecht im Hinblick auf die Entwicklungen
663 der Beschäftigungsformen und -strukturen, die für die Beschäftigten Flexi-
664 bilität und angemessene Sicherheit verbinden,
- 665 ➤ eine breite Bildungsoffensive, die
 - 666 • die Ineffizienz und Unterfinanzierung des deutschen Bildungswe-
667 sens beendet, echte Chancengleichheit verwirklicht, das Aussor-
668 tieren von Kindern als Bildungsverlierer beendet;
 - 669 • Kitas zu Bildungseinrichtungen ausbaut;
 - 670 • flächendeckend Ganztagsschulangebote schafft, die den Erwerb
671 sozialer und kultureller Kompetenzen besser ermöglichen und die
672 Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken,
- 673 ➤ eine kluge Strukturpolitik sowie öffentliche und private Investitionen in Zu-
674 kunftstechnologien, Forschung und Entwicklung, besonders in struktur-
675 schwachen Regionen.

676

677 **Finanzierung**

678 Auch wenn die Abnahme der Arbeitslosigkeit und die Steigerung der Erwerbstätigen-
679 quote langfristig zu einer Entlastung der Steuer- und Sozialkassen führt, können Zu-

680 kunftsinvestitionen nicht ohne finanziellen Aufwand der Gesellschaft geleistet wer-
681 den.

682 Die beschriebenen Maßnahmen können bis zu einem gewissen Grad durch Zusam-
683 menlegung bestehender Töpfe (z. B. Job-Lokal) oder durch Beteiligung der Unter-
684 nehmen (z. B. Bildungsfonds) und der Geförderten (z. B. Weiterbildung nach Bafög-
685 Prinzip) finanziert werden.

686 Damit Konsum und Investitionen nicht belastet werden und die Sozialabgaben per-
687 spektivisch nicht steigen, wollen wir die darüber hinaus entstehenden Mehrkosten für
688 die skizzierten Reformen der Sozialsysteme, der Bildung und der Vereinbarkeit von
689 Familie und Beruf durch das Steuersystem leisten.

690 Deutschland ist derzeit im OECD-Vergleich ein Niedrigsteuerland, insb. im Hochein-
691 kommensbereich. Voraussetzung für eine vorsorgende Politik für Wachstum und Be-
692 schäftigung ist ein finanziell handlungsfähiger Staat, der auf Klientelgeschenke und
693 auf Fehlanreize wie das Betreuungsgeld verzichtet, der Steuerflucht konsequent be-
694 kämpft und der eine stärkere Beteiligung von hohen Einkommen, Vermögen und
695 Erbschaften an den öffentlichen Ausgaben sicherstellt.

696 Der vorsorgende Sozialstaat ist nicht zum Nulltarif zu haben, wie ein Blick zu unse-
697 ren nördlichen Nachbarn zeigt. Umgekehrt gilt allerdings: Bleiben die notwendigen
698 Investitionen aus, entstehen langfristig höhere Kosten und Wachstumshemmnisse
699 durch Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. Unser Ziel bleibt: Vollbe-
700 schäftigung durch Gute Arbeit.